

Antrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Sofortige Wirtschaftswende für Deutschland einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland hat unverändert große Stärken: Innovationsvermögen, qualifizierte Arbeitnehmer, einen starken Mittelstand und eine leistungsfähige Industrie. Die erst vor Kurzem nochmals nach unten korrigierten kurz- und mittelfristigen Wachstumsprognosen zeigen aber, dass sich Deutschland derzeit in einer Rezession befindet und eine langanhaltende Stagnation droht. Die Prognosen spiegeln erhebliche strukturelle Probleme, zu großen Teilen ausgelöst durch eine vollkommen irregeleitete Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung.

Für die Herbeiführung einer sogenannten „sozial-ökologischen“ Transformation hat die Bundesregierung die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Kauf genommen. Die von Wirtschaftsminister Habeck propagierte „transformativere Angebotspolitik“ besteht dabei aus einem Instrumentenmix aus regulativen Marktinterventionen sowie aktiven und passiven Förderungen bzw. Subventionen, die noch dazu in selektiver Art und Weise angewendet werden. Mit zunehmenden staatlichen Eingriffen werden die Triebkräfte der Marktwirtschaft erstickt. Bisherige Selbstverständlichkeiten wie der Respekt vor dem Eigentum oder die Handlungsfreiheit von Bürgern und Unternehmen werden infrage gestellt, die wirtschaftlichen Akteure zu Instrumenten für die Planzielerfüllung bei der Transformation degradiert.

Es braucht eine Ordnungspolitik, die wieder Vertrauen in die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten schafft. Bürger und Unternehmen müssen wieder die Möglichkeit haben, mit ihren eigenen wirtschaftlichen Mitteln ihre eigenen Ziele verfolgen zu können. Der Staat hat dafür einen vernünftigen, verlässlichen wettbewerblichen Rahmen bereitzustellen, mit einer niedrigen Steuer- und Abgabenlast, bezahlbaren Energiepreisen, Technologieoffenheit und geringen Bürokratiekosten. Es braucht eine Rückbesinnung auf das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Details hierzu sind der Bundestagsdrucksache 20/12769 zu entnehmen.

Nachdem die Ampel nach drei Jahren – im wahrsten Sinne des Wortes – abgewirtschaftet hat, ist es höchste Zeit, eine sofortige Wirtschaftswende einzuleiten – für unsere fleißigen Bürger und Unternehmen, für Deutschland.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Steuer- und Abgabenlast auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu senken und hierfür im Rahmen einer Steuerreform zuerst das Solidaritätszuschlaggesetz (SolZG) abzuschaffen sowie einen verlässlichen Automatismus zur Vermeidung von versteckten Steuererhöhungen durch kalte Progression im Einkommensteuergesetz (EStG) bzw. einen „Tarif auf Rädern“ einzuführen;
 2. den Bundeshaushalt durch Beendigung dauerhafter Subventionierung einzelner Unternehmen und Branchen zu konsolidieren sowie die Energiekosten samt Netzentgelten zu senken und hierfür in einem ersten Schritt sofort das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und das Klima- und Transformationsfondsgesetz (KTFG) abzuschaffen;
 3. den Bürokratieaufwand für alle Unternehmen deutlich zu senken und in einem ersten Schritt sofort das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abzuschaffen und auf EU-Ebene Gespräche zur zügigen Abschaffung der Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sowie der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD) aufzunehmen.

Berlin, den 7. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion